

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Cuxhagen-Berlin 1.20 M. im voraus zahlbar. Für Lieferung außerhalb Deutschlands Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Ostpreußen 1.10 M., für das übrige Ausland 1.30 M. zuzüglich Zahlungsaufschlag, per Post für Deutschland und Ostpreußen 12.- M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2995 und 2996.

Preis der Anzeigen: Die 1. Spalte 1.20 M., 2. Spalte 1.00 M., 3. Spalte 0.80 M., 4. Spalte 0.60 M., 5. Spalte 0.40 M., 6. Spalte 0.20 M., 7. Spalte 0.10 M., 8. Spalte 0.05 M., 9. Spalte 0.02 M., 10. Spalte 0.01 M. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M., zuzüglich 20% Leertextzuschlag. Stellenangebote, Familien- u. Organisations-Anzeigen kosten das fertige Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M. zuzüglich 20% Leertextzuschlag. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2995-96, 9749

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Feldzug gegen Gotha.

Die Energie der Regierung.

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Verhältnisse in Gotha es haben erforderlich erscheinen lassen, den Ausnahmezustand über das Land zu verhängen und einen Reichskommissar dorthin zu entsenden, der für die baldige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge tragen soll.

Der Freistaat Gotha hat eine unabhängige Mehrheit in der Landtagsversammlung und eine unabhängige Regierung, die mit vollem Recht ihre geschiedenen Befugnisse ausübt. Nun ist aber die bürgerliche Minderheit im Landtag mit den Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden, sie hat ihre Mandate niedergelegt und fortpähernd die Regierung nach Berlin geschickt, damit gewaltsam die Anordnungen der Gothaer Regierung verhindert werden. Diese Hilferufe sind jetzt von der Reichsregierung erhört worden. Dieselben Leute, die erst durch den Rapp-putsch dazu gezwungen werden mußten, die Auflösung der Nationalversammlung und die Aufhebung von Wahlen für den neuen Reichstag anzukündigen, die bis heute noch nicht den Wahltermin angeündigt haben, verlangen von der Gothaer Regierung, daß sie Neuwahlen vornehmen und eine „verfassungsmäßige“ Regierung bilden solle.

Die Energie der Reichsregierung zeigt sich also nur dann, wenn sie etwas gegen die Arbeiterschaft und ihre Vertreter unternehmen will. Sie wagt nicht, den Rapp-Rebellen zu nahe zu treten, die gegenrevolutionären Organisationen sind noch immer nicht entzweit und ausgeschl. Und statt der Aufhebung des Verhängnisses über Gotha wird jetzt über das vollkommen ruhige Gothaer Land von neuem der Ausnahmezustand verhängt. Soll das ein Teil des Kampfes gegen rechts bedeuten, den die Regierung Müller angeündigt hat?

Hilferuf der bayerischen Festungsgefangenen.

Es geht uns folgender ergreifende Hilferuf unserer in bayerischen Festungsgefängnissen schmachtenden Genossen zu:

Zunächst, trotz der ungeheuren Anstrengungen des Proletariats zur Niederwerfung der monarchistischen Reaktion, befinden sich tausende von Proletariern wegen ihrer politischen Abergewaltigung in deutschen Festungen, Gefängnissen und Zuchthäusern.

Wir hoffen, erwarteten sehnlichst Freiheit, Erlösung von unsagbarer Qual, die ihnen die brutalen Anschläge der reaktionären Bureaucratie unter prokariatsfeindlichen höheren Stellen zufügte.

In Bayern allein hatten etwa 800 Genossen des Tages der Freiheit. In vielen Orten verlangt die Arbeiterschaft ihre sofortige Freilassung. Sie steht Tag für Tag vorübergehend, ohne daß ihre seit April 1919 eingesperrten Vorkämpfer zu ihnen zurückkehren.

Die Gefangenen selbst fragen erlaubt, warum trotz des Generalstreiks und trotz des bewaffneten Kampfes gegen die Reaktion nicht erreicht worden ist, daß die mit politischen Gefangenen gefüllten Kerker sich leeren und unerhörter Verdrückung, der besonders die politischen Gefangenen in Bayern unter der Herrschaft eines „demokratischen“ Justizministers Müller-Reinigen ausgelehrt sind, ein Ende betrieht wurde.

Sie richten an die Regierung die dringende Forderung, sie sofort in Freiheit zu setzen.

Sie ersuchen das gesamte Proletariat, ihre Forderung zu seiner eigenen zu machen und mit allem Nachdruck für sie zu wirken.

Forderung: die Freilassung aller politischen Gefangenen!

Die bayerischen Festungsgefangenen.

Frankreich und der Einmarsch.

Paris, 12. April. Der „Temps“ veröffentlicht eine augenscheinlich inspierte Note, in der er sagt, die deutsche Regierung habe eine Verlängerung des Augustabkommens, das am 10. 4. abgeschlossen wurde, um drei Monate nachgesucht. Wenn der Oberste Rat sich mit dieser Frage in San Remo beschließen würde, und wenn die deutschen Truppen in der neutralen Zone auf den Stand zurückgeführt würden, der nach dem vollkommenen dessen Verlängerung Deutschland sein verliere, gestattet sei, erarbe es sich von 1919, daß die französische Regierung nicht die Pflicht habe, durch Verhinderung der militärischen Besetzung, die in der letzten Woche begonnen wurde, den Aufstand zu erwecken, einen Druck auf

die Entscheidungen des Obersten Rates auszuüben. Die Feststellung aber, ob die in der neutralen Zone anwesenden deutschen Truppen die zugelassene Zahl nicht überschreiten, sei eine Frage, die die internationalisierte Kontrollkommission angehe.

Ferner betont der „Temps“ noch, um einem Mißverständnis zu begegnen, zu dem die französische Regierung niemals Anlaß gegeben habe, daß die verschiedenen deutschen Städte, in die die französischen Truppen in der letzten Woche einbezogen seien, aus dem gleichen Grunde besetzt worden seien, und ferner, um die Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrags zur Geltung zu bringen, und daß die französische Regierung immer eingeschlossen gewesen sei, sämtliche Städte zu räumen, sobald die Allierten Deutschland zur Beachtung des Friedensvertrags gebracht hätten.

Ein Protest der Frankfurter Presse.

Der Verein der Frankfurter Presse hat dem kommandierenden französischen General folgenden Protest überreicht: Aus Anlaß der Berichte über den Vorfal bei der Hauptwache sind zwei Zeitungsdirektoren vom französischen Polizeigericht zu hohen Geldstrafen verurteilt worden, weil über die Zahl der Leuten und Vermehrung falsche Berichte veröffentlicht worden seien. Dabei ist vollständig unberücksichtigt geblieben, daß die Berichte auf amtlichen Mitteilungen basieren, in einem Falle sogar der Wortlaut von der französischen Zensurbehörde durch Zeichnung genehmigt worden. Eine solche Nichtachtung von Feststellungen der zuständigen Ortsbehörden macht es der Frankfurter Presse, die bei der ganzen Behandlung des Falles jede erdenkliche Vorsicht walten ließ, unmöglich, im Sinne der Aufklärung der Wahrheit fernschin tätig zu sein. Der Verein der Frankfurter Presse erwartet daher eine Aufhebung, welche die Wiederholung solcher Fälle ausschließt.

Eine „Karin“-Reibung besagt, daß die 11. Division von Nancy die schwarzen Truppen in Frankfurt a. M. ablösen werde.

Eine neue Verordnung der französischen Verwaltungsstelle spränkt das Verbot des Verkehrs auf die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh ein.

Ein neuer Mord.

Erschießung des Amerikaners Demott.

München, 12. April.

Einem Privattelegramm zufolge soll der vom Standgericht zu Weisel verurteilte Demott, der angeblich amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, in dem er untergebracht war, bei einem Fluchtversuch von einem Wachtroten erschossen worden sein.

Man kennt nachgerade diese „Fluchtversuche“. So wurden Dorenbach, Jögisbes und die vier Spandauer Genossen um die Ecke gebracht. Wir haben es hier wieder mit einem offenen Mord der Soldateska zu tun, die offenbar befürchtete, daß eine höhere Instanz das Todesurteil aufheben würde. Am Sonntag teilte man amtlich noch mit, daß ein Todesurteil gegen Demott dem Reichspräsidenten nicht vorgelegt worden sei. Die Soldateska braucht nicht die Befehlsgewalt des Reichspräsidenten, sie richtet und handelt selbst. Dieser unerhörte Vorfal bringt uns aber noch ernste diplomatische Konflikte, mit denen die deutsche Regierung doch wirklich überreich besegnet ist. Die Ermordung ist bereits nach Amerika berichtet.

Kantlich wird zu dem Vorfal gemeldet:

Berlin, 12. April.

Sofort nach Eintreffen der Nachricht, daß der vom Kriegsgesicht in Weisel zum Tode verurteilte Demott, der amerikanischer Staatsbürger sein soll, im Gefängnis, wie mitgeteilt wird, bei einem Fluchtversuch erschossen worden ist, hat das Auswärtige Amt bei den zuständigen Stellen eine umgehend eingeleitete Untersuchung des Vorfalles und die Nachprüfung des ihm vorausgesetzten Urteils beantragt.

Also das ist alles, was man zu tun gedenkt. Der Reichspräsident hatte die Pflicht, sofort auf die Nachricht der Verurteilung hin, sich über deren Richtigkeit zu vergewissern und die Nachprüfung des Urteils vorzunehmen. Die „beantragte“ Untersuchung muß mit aller Schärfe und ohne jede Vertuschung geführt werden. Der oder die Mörder müssen unmissverständlich zur Rechenschaft gezogen werden. Der Regierung aber erwidert die Schuld, daß sie die Bildung der Standgerichte nicht verhinderte und so dem Nachdruck der Militärs alle Wege öffnete.

Die Reaktion in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

In Bayern gibt es jetzt eine Regierung, die von der „Deutschen Tageszeitung“ mit großer Sympathie begrüßt wurde als Beginn einer neuen Zeit. Diese Bezeugung des Junkerblattes ist ebenso bezeichnend wie selbstverständlich. Gaben in Berlin die Rapp und Müllertropfen wie Bullen gehaut und dadurch den eigentlichen Politikern der militärischen Reaktion das Konzept gründlich verdorben, so hat man es in Bayern trefflich verstanden, den Militaristenputz hinter dem Schleier von Ministerratsbeschlüssen und parlamentarischen Verhandlungen zu verbergen.

Die ungeheure Erregung, die der Berliner Putsch vom 13. März in den arbeitenden Massen Bayerns auslöste, verbanderte zunächst ein offenes Auftreten der bayerischen Militärs und bewog sie, die Erreichung ihrer Ziele in Verbindung mit den Epochen der Bureaucratie auf Schleichwegen zu verfolgen. Es war die zynische und schamlose Haltung der rechtssozialistischen Minister, die ihnen dieses Geschäft erleichterte. Die Erklärung des General Müllers am Abend des 13. März, daß er und die Truppen „s u n d a h“ auf dem Boden der Verfassung ständen, hatte zur Folge, daß die Streikkommission, die sich sofort aus den drei Parteien, den Gewerkschaften und den Betriebsräten gebildet hatte, zu einem sofortigen Beschluß den Generalstreik auszurufen nicht kam. Aber bereits in der folgenden Nacht zwang General Müllers, vorgegeben durch die Offiziersclique und die hinter ihnen stehenden Zeitfreiwilligen, Studenten und Gymnasialisten, dem Ministerrat die Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf seine Person ab, da, wie er erklärte, er sonst nicht für die Sicherheit der Minister garantieren könnte. Allein der Ministerpräsident Goshmann stimmte im Ministerrat gegen den Erlaß dieser Verfügung, unterzeichnete ihn aber, von seinen Kollegen überstimmt, ebenfalls mit seinem Namen, wahrscheinlich auf Grund der diesen Herren eigenhändigen Auffassung von Demokratie. Wenn sie „halt nicht die Mehrheit an“, wie man in Bayern so schön sagt, dann ist für sie die Möglichkeit jeder politischen Wirksamkeit geschwunden. Dabei stromten die Stahlhelmen und revolverumgürteten Offiziere, nach Auftrage des rechtssozialistischen Ministers Endres, vor der Türe, um nötigenfalls der Forderung des Herrn Müllers Nachdruck zu verleihen, eine Feststellung, die eine Woche später von dem sogenannten Demotroten Müller-Weinigen im Landtage mit frecher Stirne bestritten wurde.

Dieser Vorgang kam in den Morgenstunden des Sonntag der Streikkommission zur Kenntnis und veranlaßte sie, den sofortigen Generalstreik zu beschließen. Dieser Beschluß löste in den beiden großen Massenversammlungen, die unsere Partei am Donnerstag abhielt, fürnirische Begeisterung aus. Die stürmische Bewegung, die die Massen erfaßt hatte und die sich auf den Straßen deutlich bemerkbar machte, belehrten die rechtssozialistischen Minister, welcher verbrüderlichen Feigheit sie sich schuldig gemacht hatten. Unter dem Druck der Bewegung erklärten sie am Nachmittag ihren Rücktritt und zwangen dadurch die bürgerlichen Minister, ebenfalls abzudanken. Der Polizeipräsident und berüchtigte Staatsstrecker Böhrer sowie der General Müllers und der ihm zur Seite gestellte Zivilkommissar von Nach hatten durch Anschläge versucht, die Massen zu tödlichen, jedoch ohne Erfolg. Nach, Böhrer und der Landeshauptmann der Einwohnervereine Scherich sind, wie sich später herausstellte, die eigentlichen Regisseure des Staatsstreikes gewesen, indem sie hinter dem Rücken des Ministerrates mit dem General Müllers, dem Obersten Epp und den Zeitfreiwilligen konspirierten.

Der Generalstreik fehlte am Sonntag abend mit der Stilllegung des Stropendachbetriebs ein, am Montag früh wurde die Arbeit in der gesamten Industrie niedergelegt, mittags folgte der Eisenbahnverkehr. Die Bewegung griff immer mehr um sich, aus allen Orten liefen Meldungen über die allgemeine Niederlegung der Arbeit ein. Den Militaristen begann es inmitten der gegen sie aufgeweichten Massen Äußer zu werden. Sie versuchten, ihrer Position unsicher, die Reichswehrsoldaten gegen die Arbeiter aufzusehen; die Truppen wurden in den Kasernen streng vor jeder Berührung mit der Bevölkerung gehalten. Nur die Zeitfreiwilligen sogen mit klara-weiß-roten Fahnen

um ringenden Spiel demonstrierend und probierend durch die Straßen.

Die Rechtssozialisten wußten wie gewöhnlich in gespannten Situationen nicht, auf welchen Mit sie sich setzen sollten. In ihrer Landtagsfraktion war eine sehr starke Minderheit für die Beilegung an der neuen Regierung, die der auf Dienstag, den 16. März, einberufene Landtag einsehen sollte. Unter dem Druck des Generalstreiks jedoch flogte unter der Führung von Lim in die Ansicht, sich der Regierungsbildung fernzuhalten. Als dann durch das Prüffenspiel Herr Rahr zum Ministerpräsidenten gemacht wurde, brachen sie es aber fertig, einer gemeinsamen Erklärung aller Landtagsfraktionen zuzustimmen, die der Staatsstreikregierung loyale Unterstützung zusagte, anstatt, wie es ihre Pflicht war, sofort in schärfste Opposition zu treten und den Staatsstreikern vor den Augen der Öffentlichkeit die Maske vom Gesicht zu reißen. Der nur drei Mann starke U. S. V.-Fraktion war es infolge des Verkehrstreiks nicht möglich, im Landtage zu erscheinen.

Während die sogenannten Demokraten, die sich in Bayern durch nichts von den Demokratischen unterscheiden, von vornherein den Generalstreik für überflüssig erklärten, wurde von den Rechtssozialisten die Ansicht fortpropagiert, daß der Generalstreik abgebrochen werden müsse, weil am Dienstag dem General Rühl die vollziehende Gewalt wieder entzogen und ein Zivilkommissar an seine Stelle ernannt werde. Es gelang ihnen auch, die Eisenbahner ins Banner zu bringen, so daß der Streik am Mittwoch nachmittag abgebrochen werden mußte.

Die Bewegung hatte sich in München unter einer imposanten Disziplin der Massen vollzogen, wesentliche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In Nürnberg provozierten zeitweilige Erlanger Studenten, die von dem dortigen Regierungskommissar, dem anmahnenden Major Gareis, herbeigerufen wurden, indem sie wahllos in die Massen hineinfuerten. Ueber Hof wurden die bekannten Schwindmeldungen lanciert, zu deren Verbreiter sich der neugebenedete Ministerpräsident von Rahr in seiner Antrittsrede im Landtage machte. Diefem Herrn wurden bisher in unserer Presse nicht weniger als vier Lügen in der einen Rede nachgewiesen, so daß die Lügen des Herrn von Rahr in Bayern ein geflügeltes Wort geworden sind.

Herr von Rahr, der sich selbst als politischen Neuling bezeichnet, gilt als einer der gewandtesten und einflussreichsten Bürokraten Bayerns. Als Regierungspräsident von Oberbayern führte er in einem an den nammehr von ihm selbst gestützten Rechtssozialisten Endres gerichteten Geheimbericht, daß man sich auf dem Rande förmlich nach einer Diktatur sehne. In auffälliger Uebereinstimmung mit dieser Wendung steht der Schlüsselpunkt eines nach Berlin gerichteten Wolff-Telegramms, in dem es heißt, daß die Reichsregierung vorübergehende Militärdiktatur wünsche. Dies deutet neben anderen Anhaltspunkten auf die Stelle hin, in der die monarchistische Verleumdung ihren Mittelpunkt hatte. Herr von Rahr hat auf alle Angriffe in der rechtssozialistischen und unserer Presse, in den ihm hochverräterische Handlungen vorgeworfen wurden, nicht antworten können.

Die heutige bayerische Regierung stellt sich dar als eine Diktatur der rückständigsten Volksschichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft über die industrielle Bevölkerung. Dies kommt auch jetzt den Demokraten, die das verbürgerliche Spiel der Reaktionäre mitmachen, allmählich zum Bewußtsein und sie verlangen bestig den Rücktritt des antisemitischen Münchener Volkszeitschriften Röhner, unter dessen Uebergriffen sie selbst zu leiden haben.

Die Rolle des vielgenannten Dr. Heim scheint nunmehr ziemlich klar zu liegen. Die aufsehenerregenden Enthüllungen der „Münchener Post“ zeigen, daß in den bayerischen reaktionären Kreisen eine partikularistische auf die Beherrschung Bayerns hinzielende Strömung und eine zentralistisch-großdeutsche Strömung vorhanden ist und daß an diesen Gegenständen die Ministerialität des Dr. Heim scheiterte. Seine Beteiligung an der bestehenden Militärverschwörung ist klar erwiesen, die Mitteilungen der „Münchener Post“ stehen durchaus im Einklang mit der Forderung des Reichsorgans, des „Regenburger Anzeigers“, in den Tagen des Rapp-Bußches.

Die bayerische Arbeiterklasse ist sich bewußt, daß sie ihren Kampf gegen die bayerische Reaktion nur in enger Gemeinschaft mit ihren norddeutschen Klassen Genossen führen kann. Die Bewegung im Ruhrgebiet, der Wortbruch der Militaristen, haben die Erregung und die Spannung der Massen aufs äußerste gesteigert, so daß sie jederzeit bereit sind, in den Kampf einzutreten, wenn die Militaristen den Handstich wieder hinwerfen sollten. Die bayerischen Arbeiter werden die Herausforderung annehmen, um gemeinsam mit der gesamten deutschen Arbeiterklasse die militaristische Herrschaft endgültig niederzuwerfen.

Das Ultimatum des Militärbefehlshabers.

Die Telegrammen-Union verbreitete gestern eine Meldung aus Essen a. d. R., des Militärbefehlshaber von Essen, Oberst von Baumbach, habe von der Regierung gefordert, daß ihm volle Handlungsfreiheit, vor allem die Einsetzung des Standrechtes, gewährt werde, andernfalls er abziehe und das Ruhrgebiet sich selbst überlassen werde. Die „zuständige“ Stelle ließ diese Nachricht dementieren, indem sie erklärte, daß über eine derartige Forderung des Essener Militärbefehlshabers nichts bekannt sei. Demgegenüber ist festgestellt, daß „die zuständige Stelle“, nämlich das Reichswehrministerium, am Spätnachmittage des 11. April mehrere Stunden lang mit dem Essener Militärbefehlshaber über seine Forderung und sein Ultimatum verhandelt hat. Bei diesen Verhandlungen gelang es dem Reichswehrminister nicht, den Militärbefehlshaber Oberst von Baumbach zum Gehorsam und zur Aufgabe seiner Forderungen zu bringen. Man entschloß sich deshalb, den parlamentarischen Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium, den Abgeordneten Stöck (Seibenberg), nach Essen zu senden, damit er in persönlichen Verhandlungen die Schwierigkeiten beseitige, die Oberst von Baumbach dem Reichswehrminister macht. Offiziell wird die Weisung des Unterstaatssekretärs damit begründet, daß er als

Untersuchungskommission zum Zwecke diesbezüglicher Feststellungen in das Ruhrgebiet abgereist sei. Das Dementi des Reichswehrministeriums ist nach diesen aus unbedingt zuverlässiger Quelle stammenden Mitteilungen unrichtig und das Vorgehen des Obersten Baumbach wird in der Folge ebenso seine Bestätigung finden, wie die Befehle und die Maßnahmen gegen die Brigade Epp trotz aller Ableugnungen ihre Bestätigung gefunden haben.

Die Reaktionäre in Tüchtigkeit.

In der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ werden weitere Einzelheiten über die reaktionäre Bewegung in Bayern mitgeteilt. Es wird dort berichtet, daß schon im Mai und Juni 1919 in München verurteilt worden sei, die ganze Studentenschaft unter den Waffen zu halten, um einen Rechtsputsch zu verwirklichen. In Gruppenkommando Mühl habe sich ein „Studentenreferat“ aufgetan. Damals sei der Plan nicht gelungen. Im März 1920 hätten ein paar Studenten die Uniform angezogen und dem Ministerpräsidenten ein Ultimatum gestellt. Bayern bekam eine Militärdiktatur und eine nichtsozialistische Regierung; es begann der Kreuzzug gegen den Bolschewismus — natürlich nur gegen links. In den ersten Apriltagen 1920 kamen die Enthüllungen der „Münchener Post“ über die Gegenrevolutionäre in Bayern, in denen auch Dr. Heim genannt wurde. Am nächsten Tage erschien ein betrübliches Jungblat der Separatisten, das keinen Angriff auf das Zentrum enthielt, um so derber aber auf die bösen Juden, Preußen, Demokraten und Sozialisten loszuschlagen. Das Blatt berichtet weiter:

Um die gleiche Stunde tritt ein „Bayerischer Ordnungsbund“ in die Erscheinung. Er arbeitet bei ihm wieder der uns schon bekannte „Studentenreferat“ und Ministerfänger mit und noch ein paar andere bekannte Namen, die auch anlässlich der Arco-Demonstration mit Samthandschuhen angelegt worden waren. Schon damals war ein bewaffnetes Aufdie-Strich-Gehen von Reichswilligen und Alarmdivisionen geplant. Er läßt mächtige Plakate anhängen:

„Politische Schwäche und moralische Feigheit der Reichsregierung liegen die Kräfte der Veränderung groß werden. Eure Söhne müssen mit ihrem Blut dafür büßen. Deshalb fort mit dieser Reichsregierung, die ihre Anhänger in den vom Ausland vertriebenen Teilen der Bevölkerung lüchelt!“

Das genügt! Das sind kaum noch „berloppte“ Absichten! Man sieht: Was am 13. März in Berlin nicht glückte, das soll jetzt von München aus geschehen, das sich schon einige Male als glücklicher Wobler für die Bestrebungen landstrender Elemente gezeigt hat. Man rechnet mit der Trägheit des Münchenerniums, das — so nimmt man an — kaum den elementaren Widerstand entgegenzusetzen würde, wie ihn Berlin sofort gezeigt hat.

Man rüflet in München mit febrilhaftem Eifer. Bundesgenossen sucht und findet man in monarchistischen Kreisen; in einer maßlosen, mühen antimilitarischen Hebe, die vor Insultierung ausländischer Pressevertreter, die bei einer Demonstration nicht mitmachen wollten, nicht zurückbleibt; in den bloßgestellten separatistisch-franzosenfeindlichen Kreisen; in den vollständig eines vernünftigen Denkens unfähig gewordenen Studenten- und Hochschullehrerkreisen; in den Zeitschriftwilligen, die sich ihrer Auflösung widersetzen (und nicht nur das; das „Freikorps Oberland“, dem die Rolle der Entente vom 12. März nicht unbekannt ist, erläßt Werbeauftrufe und errichtet Werbebureau. Es ist feinerzeit aufgestellt worden von dem jetzigen Leiter des wüstenfünftigen „Münchener Beobachters“, dem mit Verleumdungsflozen nicht beglücktem ist; denn er ist einmündig. Ein feines Mittel, wenn man sich der Veranordnung entziehen will).

Die Höhe aber ist folgende Heilungsvorgänge:

Die Werbehefte der amtlichen Technischen Rohhilfe befindet sich noch wie vor Leopoldstraße 13, die Werbehefte des Bayerischen Ordnungsbundes und seiner Technischen Ordnungshilfe Eisenstraße 6, Pension Feldhütter (eine Zentrale aller solcher Unternehmungen).

Wiß die Reichsregierung die Verfassung geschändet? Provoziert sie absichtlich willkürliche Streiks, um uns vollends zu verzerren? Will sie Reichs- und Einwohnerrechten entweißen, die Sparrakten aber bewahren?

Als das wird der Hauptzettel. Die Reaktion ist in München auf dem Marsche, und jeder Augenblick kann und die unliebsamste Ueberraschung für das Reich geben.

Der Wortruf des „Berliner Tageblatts“ ist berechtigt. Aber man muß doch darauf hinweisen, daß die Parteigenossen des Blattes, die bayerischen Demokraten, an der reaktionären Entwicklung in Bayern mitschuldige sind; sie haben sich insbesondere bereit, durch die Teilnahme an dem Rabinett Rahr die Pläne der Gegenrevolutionäre noch zu fördern.

Die reaktionäre Entwicklung in Bayern muß jedoch im Zusammenhang mit den Zuständen im Reich betrachtet werden. In Oberbayern, im Lothstädter und im Münsterlager in Bonnern, sammeln und organisieren sich auf neue die Militaristen und Monarchisten; von den eigentlichen Stapp-Rebellern ist bisher noch niemand festgenommen worden, die Regierung wagt noch immer nicht, die Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld, alle die anderen gegenrevolutionären Formationen zu entlassen und auszulösen. Im Gegenteil, dieselben Offiziere, die noch gestern hinter Rapp gehandelt haben, verrichten heute Dienste im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Demgegenüber muß so schnell wie möglich die Forderung der Arbeiterorganisationen nach Säuberung der Reichswehr von allen konterrevolutionären Elementen verwirklicht werden. Die Reihen der Sicherheitspolizei müssen schleunigst mit Mitgliedern der Arbeiterorganisationen aufgefüllt werden. Vor allen Dingen muß endlich den Militaristen jeder Einfluß auf die öffentliche Gewalt entzogen werden. Wenn alles das nicht baldigst geschieht, dann stehen wir wieder vor neuen Erschütterungen; dann aber wird die Arbeiterklasse selbst dafür sorgen, daß die Reaktion nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich endgültig und restlos beseitigt wird!

Versammlungsfreiheit und Ausnahmezustand.

Der Berliner Volkszeitschriften Richter läßt gegenüber dem Versammlungsverbot gegen Karl Schmidt erklären, daß er das Recht, Versammlungen zu verbieten, für die Zukunft ausschließlich sich selbst vorbehalten hat.

Das ist eine deutliche Abgabe an den Herrn Bahr. Daß die reaktionäre Beamtenstube es überhaupt noch wagen darf, den Mund aufzutun und Versammlungen zu verbieten, ist aber schon schlimm genug. Es ist nur möglich, weil der immer noch bestehende Belagerungszustand ihnen das Recht dazu gibt und weil das Jögern der Regierung, die den Belagerungszustand ohne jeden Grund fortzusetzen und jeden Uebergriff ungehindert läßt, ihnen immer wieder Mut macht. Schon vor mehr als einer Woche ist der Volkszeitschriften selber in einem Artikel im „Vorwärts“ lebhaft für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes eingetreten. Bis heute ohne Erfolg. Da für die weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes jeder Grund fehlt, wirkt sie wie eine Provokation der Arbeiterschaft und wie eine Bestätigung des blöden Bolschewistenputschs.

Der Geldbeutel der Spekulanten in Gefahr!

Zu wüsten Szenen kam es gestern an der Berliner Börse. Die Regierung hatte mitgeteilt, daß eine Verordnung erlassen werden solle, wonach in Ausführung des Friedensvertrages alle Wertpapiere, Aktien, Kurse usw. von solchen Gesellschaften, die ihren Sitz im ehemals feindlichen Auslande haben, angemeldet werden müssen. Sie sollen enteignet werden; die Besitzer der Papiere sollen eine Entschädigung erhalten zu einem Kurse, der nicht höher sein soll, als der Börsenkurs am Tage der Ratifikation des Friedensvertrages, also am 10. Januar 1920, war. Nun gehören gerade diese Papiere zu den „Valutapapieren“, mit denen seit Monaten eine wahnsinnige Spekulation getrieben wird. Ihr Kurs stand schon am 10. Januar außerordentlich hoch, er war seitdem im Zusammenhang mit dem Rückgang der Valuta, der sich bis zum März fortsetzte, weiter in die Höhe geklettert. Jetzt befürchten die Spekulanten, daß sie schon bei einer Entschädigung zum Kurse vom 10. Januar 1920 Geld verlieren würden, und da seit der vorigen Woche die deutsche Valuta in die Höhe geht, der Kurs der „Valutapapiere“ dagegen fällt, so sind diese Kreise von der Angst befallen, daß die Regierung die Möglichkeit auszunutzen könnte, auch einen niederen Kurs als den vom 10. Januar 1920 für die Entschädigung anzusetzen. Die „Bosside Zeitung“ schildert die Vorgänge, die sich gestern an der Berliner Börse ereigneten, in anschaulicher Weise. Die Regierung wurde von der sich wild erhebenden Menge der Börsenbesucher auf das bestmögliche angegriffen. Vom Börsenvorstand wurde gefordert, daß er sofort zurücktreten müsse, da er nicht das geringste getan habe, um das drohende Unheil abzuwenden und daß er jetzt das Leben zahlreicher Existenzen auf dem Gewissen habe, die durch die Regierungsverordnung ihre letzten Pfennige verlieren würden. Wir hören weiter:

Ein vereideter Rafter, der im Auftrage des Börsenvorstandes zur Menge sprechen wollte und der erklärte, daß die Verzögerungen des Börsenvorstandes noch nicht beendet seien, wurde nieder geschrien. Einzelne Mitglieder des Börsenvorstandes, darunter hochangesehene Berliner Bankiers, die sich in den Börsenlokalen und zu bedeutungsvollen Suchten, wurden verhöhnt und vereinzelt sogar tätlich angegriffen. Hundertfach tönten diesen Herren der Kul entgegen „Maus!“, und einem bekannten Kommerzienrat wurde von der revoltierenden Menge der Kul vom Kopf geschlagen.

Der Handel an der Berliner Börse ruhte vollständig, ohne daß bis gegen 1 Uhr ein offizieller Beschluß des Börsenvorstandes bekannt geworden war. Kursteilstellungen irgendwelcher Art wurden nicht gemacht, auch mußten die ersten Notierungen der Papiere mit variablen Kursen unterbleiben.

Die ganzen Vorgänge an der Berliner Börse lassen sich heute lediglich als ein Ausbruch der Empörung der Börsenbesucher charakterisieren, die letzten Endes für den Augenblick zu einer Sprengung der Berliner Börse geführt haben.

Die Wut der Börse entbrannte aufs neue und es kam jetzt zu Ausschreitungen, die die Vorgänge in der ersten Börsensunde noch weit übertrumpften. Es wurden Reden gehalten, in denen u. a. mitgeteilt wurde, daß die Börsen in Frankfurt und Hamburg angeblich geschlossen sein sollen, und daß man erst mit Gewalt verhindern müsse, daß auch jetzt Kurse notiert werden. Die vereideten Rafter wurden teilweise mit Gewalt aus den Schranken entfernt. Die Ausdielen mit den Mundstücken wurden auf die Erde gemorfen und einzelne bekannte Elemente, die die größtmöglichen Ausschreitungen verhindern wollten, wurden buchstäblich aus der Börse gehoben.

Mittlerweile war Kommerzienrat Schleginger als Börsenkommissar in das Zimmer geeilt, um die Notierung der Werten weiter zu leiten. Die Menge empfing ihn mit wüsten Rohheiten und es hätte nicht viel gefehlt, so wären einzelne wüstenredende Leute gegen dieses Mitglied des Börsenvorstandes tätlich geworden. Die Menge versuchte die Tische umzuwerfen. Dem Protokollführer wurde das Protokollblatt gerissen und vor die Füße geworfen, und der Tumult wurde immer größer. In diesem Augenblick gelang es dem Kommerzienrat Schleginger, sich einen Augenblick Gehör zu verschaffen und er erklärte:

„Meine Herren, ich bitte Sie um alles in der Welt, seien Sie vernünftig. Im Interesse des Vaterlandes wollen wir die Devisenkurse notieren.“

Großer Beifall folgte diesen Worten, aber im nächsten Augenblick hatten die Schreier wieder die Oberhand, und sie erklärten: „Rein, wir wollen demonstrieren. Das Ausland soll auf diese Schweinewirtschaft aufmerksam werden!“

Damit waren die Worte des Kommerzienrats Schleginger verpufft, und der Tumult nahm in noch verstärktem Maße seinen Fortgang. Immer größere Massen drängten gegen die Tür, so daß ein Teil des Inventars des Zimmers in Trümmer ging.

Trotz des wiederholten gültigen Jurens der bekanntesten Persönlichkeiten aus den Berliner Bankkreisen gelang es nicht, die Erregung nur zu dämpfen. Die Börse mußte geschlossen werden, ohne daß es zu einer amtlichen Festlegung der Devisenkurse kam. Nur im freien Verkehr wurden einige Notierungen ausländischer Werte gemacht, die eine neue betrübliche Erhöhung der deutschen Valuta im Auslande anzeigten.

Das rüpelhafte Auftreten der Spekulanten hat einen tieferen Sinn. Sie hängen um ihr Geld und das Interesse ihres Vortemonaies geht ihnen über das Interesse des „deutschen Vaterlandes“. Sie verhindern die amtliche Devisennotierung, weil sie die Rückwirkung der Forderung der deutschen Valuta auf den Stand ihrer Papiere fürchten. Diese Kreise wissen sonst nicht genug über die Vaterlandslösigkeit der Arbeiter zu setzen, geht es aber an ihren Geldbeutel, dann rufen sie das Ausland zu Hilfe und führen Szenen auf, die an die übelsten Gewohnheiten der Cossaken erinnern.

Worte, keine Taten.

Der Reichskanzler Müller hat sich seine Aufgabe, eine Darstellung der durch die jüngsten politischen Ereignisse geschaffenen Lage zu geben, insofern recht leicht gemacht, als er den Hauptteil seiner Rede in der Nationalversammlung der Auseinandersetzung mit Frankreich widmete. Hier befand er sich auf einem verhältnismäßig sicheren und festen Boden, da in der Beurteilung der französischen Aktion in der Rheinregion unter den Parteien eine weitgehende Übereinstimmung herrscht. Nicht nur die Regierungsfraktion und die Rechte, sondern auch wir leben in ihr einen siegreichen Vorstoß des französischen Militarismus, der über alle vernünftigen und besonnenen Erwägungen einen schnellen Sieg davongetragen hat. Ja, wir verdammten die französische Generalpolitik noch weit heftiger als unsere Konservativen, weil wir wissen, daß sie nur dazu angetan ist, dem deutschen Nationalismus neues Wasser auf die Mühle zu führen. Wir befinden uns dabei in vollem Einklang mit unseren französischen Genossen, die die Scheitler an den Pranger stellen mit der die Presse der Bonaparte Bourgeoisie zunächst Alarmnachrichten über bolschewistische und partakistische Unruhen im Ruhrrevier brachte und dann plötzlich mit Bestimmtheit die Harmlosigkeit der dortigen Bewegung betonte, weil sie einen Vorwand für den militärischen Vorgehen nach Frankfurt haben wollte.

Nach wie vor freilich erkennen wir trotz aller von Müller vorgebrachten Argumente die formale Verachtung der französischen Regierung an, und wenn der Kanzler davon spricht, daß der Geist des Vertrages für die deutsche Auffassung spreche, so ist das eine sehr windige und hohle Konstruktion. Die Gründe sind an dieser Stelle oft genug auseinandergesetzt worden, und wir verzichten auf eine Wiederholung. Es bleibt dabei, daß die deutsche Regierung dem französischen Offiziersklingel in die Hände gearbeitet hat. Wir halten uns an sie und überlassen es den Antimilitaristen in Frankreich, sich mit den Reaktionsären ihres Landes auszusprechen.

Auf jeden Fall aber durften wir erwarten, daß die Rede die innerpolitischen Angelegenheiten etwas ausgiebiger behandelt hätte, als es tatsächlich geschah ist. Müller hat uns noch einmal den Standpunkt der Regierung über die Vorgänge im rheinisch-westfälischen Industriebezirk entwicelt, ohne uns jedoch von seiner Nichtfähigkeit überzeugen zu können. Vollständig geschwogen hat er leider von den Fragen, die uns sonst bewegen, und unter denen die nach den Maßregeln zum Schutz gegen den deutschen Militarismus an der Spitze steht. Er bezeichnet die französische Regierung als die einzige auf der ganzen Welt, die aus der Hoff ihrer Generale nicht loskommen könne, und er beleuerte mit schönem Pathos, daß die Regierung der deutschen Republik weniger Reizung denn je besitze, sich eine Militärpartei gefallen zu lassen. Das klingt vortrefflich. Aber was helfen uns die entzückenden Worte, wenn wir keine Taten sehen?

Die Militärpartei, die man sich nicht gefallen lassen will, ist da, und sie rührt sich im Norden so gut wie im Süden. Die meuternden Truppen befinden sich noch immer im Besitz ihrer Waffen. Die gegenrevolutionären Offiziere haben durchaus freie Hand, sich für neue patriotische Taten vorzubereiten. Aus Bayern kommen höchst alarmierende Nachrichten über dunkle Machenschaften der Offiziere, die offenbar darauf hinarbeiten, in München die Fahne der Empörung gegen die Republik aufzuzustocken und von hier aus das übrige Deutschland in Bewegung zu setzen. Daß ein solches Pronunziament in Preußen einen starken Widerhall finden würde, kann kaum zweifelhaft sein. In den stoffigen Provinzen Ostpreußen, in der Hocharkoch Ostpreußen, sind Waffen, Truppen und Führer bereit, und wer will behaupten, daß ein Unternehmen, wenn es klüger angelegt wäre, als das der Kapp und Lüdtow, nicht bessere Aussicht auf Erfolg haben würde. Der weiße Schrecken steht noch immer vor den Türen.

Und in dieser Situation beschränkt sich der Kanzler darauf, über die Brutalität des französischen Söldens zu klagen, und nebenbei zu versichern, daß die Regierung vollständig frei sei und sich einem mit dem Papier der Verfassung nicht zu vereinbarenden Einfluß der Arbeiterorganisationen nicht unterwerfe. Stolz will ich den Spanier, und es ist ja schließlich zu begreifen, wenn der leitende Staatsmann seine Unabhängigkeit von einer in dem Staatsgrundgesetz als Regierungsfaktor nicht anerkannten Gruppe mit Hochdruck unterstreicht. Aber es hätte ihm besser angefallen, wenn er rückhaltlos zugegeben hätte, daß das Kabinett seine Existenz der Zustimmung der Gewerkschaften verdankt und wenn er offen ausgesprochen hätte, daß von der Fraktion, der er doch selbst als Mitglied angehört, die Bedingungen, unter denen die Arbeiter den Generalstreik abgebrochen haben, ausdrücklich anerkannt worden sind. Auf das Wort Nebenregierung kommt es nicht an, in der Sache hat die Partei des Herrn Müller die Forderungen der Gewerkschaften angenommen, der Kanzler ist an sie gebunden.

Bege er aber schon Wert darauf, sich gegen Nebenregierungen zu wenden, so wäre es wohl angebracht gewesen, ein paar Worte über die Stuttgarter Konferenz zu verlieren und das verfassungswidrige Verhalten der süddeutschen Regierungen kritisch zu beleuchten. Er sprach von Süddeutschland, aber nur in dem Sinne, daß dort die demokratische Tradition mit besonderer Eifer über die Reinerhaltung des demokratischen Charakters der deutschen Republik wache. Obwohl das starke demokratische Empfinden hat sich in Bayern dahin ausgedrückt, daß unter der Drohung der Rajonette das Ministerium Gosmann dem reaktionären Kabinett Kahr weichen mußte, und die Stuttgarter Zusammenkunft hat im Namen der demokratischen Verfassung gegen die Nebenregierung der Arbeiter protestiert, um eine Nebenregierung der rückständigen Elemente südlich des Rheins aufzurichten zu können.

Wenn Herr Müller die Beeinflussung durch die Arbeiter ablehnt, gegen die süddeutschen Bestrebungen aber kein Wort vorzubringen weiß, so muß das den Verdacht erwecken, daß er und seine Kollegen im Amt die Bemühungen der Gewerkschaften, die Regierung gegen die Militärpartei idios zu machen, als lässig emblinden. Vielleicht will er sagen, daß er dieser Rückenstärkung nicht bedürfe, aber dieser stolze Glaube hält den Kanzler gegenüber nicht stand. Später

Tag beweist auf neue, wie notwendig das Vorwärtsdrängen und Vorwärtsstoßen durch das Proletariat ist und daß der Widerstand gegen diese Bemühungen nur zu neuen verhängnisvollen Krisen führen kann.

Der Reichskanzler gibt sich hoffentlich keinem Zweifel über den Ernst der Stunde hin. Entweder er führt die Forderungen der Arbeiterorganisationen aus oder er und sein Kabinett werden ebenso der Offiziereliquie zum Opfer fallen, wie seine Vorgänger. Ob er allerdings, selbst richtige Erkenntnis und guten Willen vorausgesetzt, die nötigen Vorkehrungen zur Sicherheit der Republik treffen kann, ist eine andere Frage. Ihn und seine Parteigenossen in der Regierung hemmen die Rücksichten auf die bürgerlichen Gefährten, die ihren Mangel an Entschlossenheit jetzt hinter demokratischen Phrasen über die Unerträglichkeit einer Nebenregierung verbergen. Die Rede von gestern hat es wieder deutlich gemacht, daß eine Koalitionsregierung die Probleme, vor denen Deutschland steht, nicht zu meistern vermag. Sie lebt von der Hand in den Mund, sie stürzt von einer Gefahr in die andere, sie hat kein festes Programm, sie hat keine Zukunft. Je länger sie existiert, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß die Reaktion sie auflöst, und nur eine sozialistische Regierung wäre in der Lage, dieses Geipens zu bannen.

Die Zeitungsverbote.

Ein Maulkorb für die Militärbefehlshaber?

Am Abendblatt vom Montag haben wir gemeldet, daß unser Parteiblatt in Erfurt, die „Tribüne“, unter militärischer Zensur erschienen ist. Die „Bolschewistische Zeitung“ weiß nun zu melden, daß sich der Reichswehrminister durch diesen Streich des Erfurter Militärgewaltigen zu einschneidenden Maßnahmen veranlaßt gesehen hat, um ähnliche Übergriffe für die Zukunft zu verhindern. Bis zur allgemeinen Einführung der politischen Kommissionen, die künftig den militärischen Befehlshabern zur Seite gestellt werden sollen, hat der Reichswehrminister angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungseinschränkungen in jedem Falle ihm selbst vorzulegen sind. Ein Verbot durch militärische Befehlshaber ist also künftig nicht mehr möglich, da neben der Zustimmung des zuständigen Regierungskommissars auch die direkte Zustimmung des Reichswehrministers erforderlich ist.

Eine offizielle Bestätigung der Meldung des Blattes liegt nicht vor. Wenn sie zutrifft, so wäre das immerhin ein Anfang.

Das Kapitel W. L. B.

Die „Frankfurter Zeitung“, mer „Vorwärts“ und die „Berliner Volkszeitung“ haben in letzter Zeit mehrfach heftige Angriffe gegen das Bolschewistische Telegraphenbureau gerichtet. Sie beschuldigen es, sich während der Putzschlacht vorbehaltlos den Kapp-Verboten zur Verfügung gestellt zu haben. Die „Frankfurter Zeitung“ begründete in einem ausführlichen Artikel diese ihre Angriffe durch Wiedergabe einer großen Zahl von Meldungen des Bolschewistischen Bureaus aus den Putzschlachten, aus denen klar hervorgeht, daß das Bolschewistische Bureau in jener Zeit sich dazu hergegeben hat, Mitteilungen der Kapp-Regierung zu verbreiten.

Da aber das Bolschewistische Telegraphenbureau sich offenbar durch das bisher veröffentlichte Material nicht einschüchtern läßt, so müssen wir noch deutlicher werden. So fragen wir denn den Direktor des Bolschewischen Telegraphenbureaus, Herrn Dr. Maniler, ob es richtig ist, daß er selbst sich zu Kapp begeben hat, seinen Betrieb als lebenswichtig bezeichnete und von Herrn Kapp einen Befehl erhielt, daß die im W. L. B. Streikenden mit fünf Jahren Zuchthaus bestraft werden sollten? Wir fragen Herrn Direktor Maniler weiter, ob es richtig ist, daß er diesen Befehl sofort in einer Anzahl von Exemplaren in den Räumen seines Bureaus hat aufhängen lassen? Wir fragen den Herrn Direktor ferner, ob er ihm bekannt ist, daß dieser Befehl lange Zeit vor dem allgemeinen Droh-Befehl gegen die Streikenden verhängt worden ist? Wir fragen den zweiten Direktor des Bolschewischen Telegraphenbureaus, Herrn Dr. Dieck, ob er sich nicht mehr an das Telefongespräch erinnert, das er mit einem der vielen Pressedirektoren der Kapp-Regierung, Herrn Kapitän-Beamten Densch, geführt hat? In diesem Telefongespräch hat Herr Dr. Dieck jede Meldung, die für die Kapp-Regierung günstig war, mit großer Genugtuung, jede ungünstige mit Entrüstung und Unbehagen aufgenommen. Er hat dem Pressedirektor sogar bei der Stillhaltung seiner für die Kapp-Regierung günstigen Fassung der Meldungen Beistand geleistet.

Elgen haben kurze Beine.

Hannover, 12. April.

Der geschäftsführende Ausschuß des Zentralrates für Rheinland und Westfalen stellt fest, daß die Pressezensur, nach der der Elgener Zentralrat zwei Delegierte zur Entente-Kommission nach Köln entsandt habe, um dort den Einmarsch von Ententetruppen ins Ruhrgebiet zu fordern, falsch ist. Eine derartige Delegation habe nicht stattgefunden. Mit der Entente sei wegen eines Truppeneinmarsches niemals Verbindung aufgenommen worden.

Tagesordnung des Genfer internationalen Kongresses.

Wien, 12. April.

Der Sekretär der Arbeiterinternationale erläßt eine Einladung zum 11. internationalen sozialistischen Arbeiterkongress, der am 31. Juli in Genf eröffnet wird. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Frage des internationalen Zusammenchlusses; Internationale Politik; Friede und Völkerbund; Demokratie und Diktatur; Sozialisierung, politisches und soziales Regime; Arbeitergesetz; Kolonialpolitik; Ein- und Auswanderung.

Lenins 50. Geburtstag.

Stocholm, 11. April.

Nach Schluß des kommunistischen Parteikongresses in Moskau wurden überall Festveranstaltungen zu Ehren des 50. Geburtstages Lenins abgehalten. Die besten Redner der kommunistischen Partei feierten Lenin als den Führer der russischen

und europäischen Proletariats. In einer Moskauer Versammlung sprachen Kainin, Kadel, Kamenev, Ducharin u. a. in den begeistertsten Ausdrücken von Lenins politischem Genie und begründeten ihn als den „größten Marxisten“ aller Zeiten.

Sozialismus und Beamtenum.

Von Wilhelm Hoffmann, Postsekretär.

In den weitesten Kreisen der Beamten, namentlich der mittleren und höheren Beamten, herrscht noch bis heute tiefste Unkenntnis über die sozialistische Gedankenwelt. Da gerade diese Beamtenkreise durch ihre Vorbildung, berufliche Ausbildung und dienstliche Tätigkeit in den Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen die Leitung in den Händen haben und trotz ihrer rückständigen Weltanschauung noch heute sich als die berufenen Führer in den Verwaltungen betrachten, so zeigt sich für den Erkennenden die tiefe Kluft zwischen der alten Konventionen und der neuen sozialistischen Weltanschauung immer deutlicher. Im Gegensatz dazu bildet sich erfreulicherweise in den breiten Kreisen der unteren Beamtenklasse und bei den übrigen Bediensteten der Eisenbahn, Post und Telegraphie uhm. ein steigendes Erwachen für den sozialistischen Weltgedanken.

Trotz der großen Umwälzung vom 9. November 1918 sind noch viele leitende Beamte in dem großen Irrtum befangen, daß ein unmögliches geschichtliches Vorgehen noch einmal rückläufig werden könnten. Dies zeigte sich so recht deutlich am 13. März, wo diese Kreise durch den Kapp-Buch in ihren Hoffnungen gestärkt wurden. Daß die veralteten, ungezügelmäßig und einseitig autoritären Herrschaftsmethoden nicht mehr die Gewalt erringen konnten, das lag einzig und allein an dem geschlossenen Vorgehen der Beamten mit den Arbeitermassen. Dazu im rechten Augenblick beigetragen zu haben, gebührt ganz besonders der Berliner unteren Hofbeamtenklasse die volle Anerkennung. Nur ist es dringend nötig, daß die unteren Staatsbediensteten ihre Aufgabe richtig begreifen lernen, bemüht werden, daß sie berufen sind, die sozialistische Weltanschauung in den Beamtenkörper zu verpflanzen, um die noch herrschenden reaktionären Anschauungen zu verdrängen. In diesem Kampf ist nichts zu verlieren als die Ketten der Unfreiheit und des mangelnden Selbstbewusstseins, dagegen alles zu gewinnen.

Der heutige Beamtenkörper trägt deshalb nicht den noch wendigen lebendigen elastischen Charakter, nicht das erforderliche dynamische und zueinanderbelebende aller Kräfte, weil der völlig unzulänglich geordnete Verwaltungsgeist, der von den höheren und mittleren Beamten ausgeht, noch herrschend ist. Die höheren Beamtenkreise, die gänzlich in der alten Gedankenwelt leben, müssen durch die treibenden Kräfte von unten gezwungen werden, sich mit den lebendigen Ideen unserer Zeit zu beschäftigen, wenn sie Wert darauf legen, auch in einem sozialistischen Staatswesen in leitender Stellung tätig zu sein. Wir können es aber der Bequemlichkeit und der Gedankenlosigkeit der höheren und mittleren Beamten nicht überlassen, ob sie sich mit dem Sozialismus beschäftigen und wissenschaftlich auseinandersetzen wollen oder nicht. Die Zeit der Entwicklung drängt! Dieses Drängen muß von den unteren Beamtenkreisen auf die mittleren und höheren Verwaltungsorgane unermüdlich ausgehen. Denn jetzt ist ganz einfach die Zeit gekommen, wo jeder sich zu entscheiden hat, welchen Herren er dienen will: dem Kapitalismus oder dem Sozialismus.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei veranstaltet vom 12. bis 15. April sechs aufklärende Vorträge mit der Tagesordnung: „Die Staatsbediensteten und der Sozialismus.“ Versammlungsort und Stunde sind in dem Anzeigenteil zu ersehen. Es ergeht der dringende Ruf an alle Staatsbediensteten der Eisenbahn, Post- und Telegraphen und auch der anderen Verwaltungen zur Aufklärungsarbeit für den Sozialismus, dem die Zukunft gebührt, zum Kampf der Geister gegen die veralteten Anschauungen, Frauen im Staat und Gesellschaft, zur Überwindung der alten Weltordnung durch den Sozialismus.

Der Prozeß gegen den Hohenzollernprinzen.

Die Skandalaffäre, die sich am 8. März im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und einigen Herren der französischen Militärmission abspielte, wird am kommenden Freitag vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I sein gerichtliches Nachspiel finden. Angeklagt sind Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister v. Platen der gemeinschaftlichen Verletzung, Rittmeister v. Platen ferner der Körperverletzung, weil er den französischen Kapitän Klein von hinten gepackt und geschlagen haben soll, sowie als dritter Angeklagter der Erbprinz von Hohenzollern, der Körperverletzung. Erbprinz von Hohenzollern soll angeblich auf dem Boden liegenden Kapitän Rougeblin mit einem Schuß, den der Erbprinz dazu eigens ausgezogen haben soll, eingeschlagen haben.

Wilson's Halsstarrigkeit.

Amsterdam, 12. April.

„Times“ meldet aus New York, daß Wilson nach wie vor beabsichtigt, die Entschlebung, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, unbeachtet zu lassen.

Gesandter Dr. Müller, der bisherige Leiter des Bureau des Reichspräsidenten, hat seinen Abschied eingereicht, der ihm auch bewilligt wurde. In seinem Nachfolger hat der Reichspräsident den bisherigen Referenten dieses Bureau des Geheimen Regierungsrats Dr. Reihner ernannt.

Mexikanisches. Der mexikanische Staat Sonora hat seine Selbständigkeit erklärt. Der Staat Sinaloa hat sich ihm angeschlossen, um dem Einmarsch der Truppen des Generals Carranza Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Aus aller Welt.

Die Opfer des Rothsteiner Explosionsunglücks.

Rönigsberg, 12. April.

Die Leih der aus dem Trümmerschutt bei Rothstein geborgenen Leichen wurde am Montag abend auf etwa 130 beziffert. Die Bergungsarbeiten wurden am Dienstag beendet.

Deutsche Nationalversammlung

169. Sitzung vom Montag, den 12. April

Präsident Hebrich hat mit, daß die Abgeordneten Mülla-Ratibor und Dr. Hartmann-Königsberg berichtet, daß alle Abgeordnetenmandate aus Oberschlesien von der Entente suspendiert worden seien.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Müller:

Der Präsident hat seinen schärfsten Protest eingelegt gegen das Verfassungs- und völkerrechtswidrige Vorgehen der Entente in Oberschlesien. Achtunde Berträge sind von der Entente auch in Warschau gemacht worden.

Die Hilferufe an die Regierung.

gegen den Terror des Verbrechens und der Morderei. Die Eigenmächtigkeiten von Vorkriegszeiten und die Annäherung von Antisemitismus suchen wir im Verhandlungswege abzuwehren.

und Mannschaften, an Vermissten 6 Offiziere und 93 Unteroffiziere und Mannschaften, an Verwundeten 19 Offiziere und 309 Unteroffiziere und Mannschaften, insgesamt bisher etwa 500 Mann Verlust.

Die Aktion für unantig und gefährlich erklärt.

Das Urteil darüber, wann Leben und Eigentum von Deutschen zu schützen ist, muß Sache der deutschen Regierung bleiben. (Sehr richtig!) Es ist eine böswillige Willkür, Artikel 44 des Versailler Vertrages so auszulegen, wie es die Entente tut.

Über die Frage der Einwohnereinschreibe

meinen ich erneut mit der Entente demnach, da insbesondere Südböhmen mit Rücksicht auf die kommunistische Gefahr meint, die Einwohnereinschreibe nicht einleiten zu können.

Demokratie und denke nicht daran, den Boden der Demokratie zu verlassen. Für die Beschränkungen in Südböhmen, daß die ältere demokratische Tradition voraus hat, haben wir volles Verständnis.

Präsident Hebrich schlägt hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu verschieben und auch die anderen Gegenstände der Tagesordnung abzugeben.

Rückige Sitzung Dienstag 1 Uhr (Besprechung der Regierungserklärung, Rechnungslage, zweite Lesung des Gesetzes über die Finanzämter).

Gewerkschaftliches.

Streik der Glasbläser in der Berliner Glühlampenindustrie

Seit ca. vier Wochen befinden sich die Glasbläser des Bezirks einer Glühlampenfabrik in einem Streik. Dem Streik voraus gingen Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen, die zu keinem Resultat führten.

Die Glasbläser wandten sich nunmehr an ihre Verbände, folgten in Weismesser und diese sind am 12. April in den Streik getreten. Damit waren die Bemühungen der Industriellen durch Streikarbeit die Produktion anscheinend zu erhalten, unterbrochen.

Zur Lohnbewegung der Feileure.

Im Feileuregewerbe besteht noch größtenteils die Sonntagarbeit, und zwar bis 12 Uhr mittags. Nach den geschlossenen Bestimmungen ist der Feileur drei Stunden Sonntagarbeit in jeder Woche ein Werktagsgeld freigegeben.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenbruber.

Wir dür'n uns d' Welt mit lang werden lassen, eben d'rinn müssen wir uns öfter leben und reden können, da d'über vergeht Zeit und schickt sich G'legenheit, und fördert mit einmal, eh' wir's denken, und ohne Zutun, in weichen Ausgange.

„Nun das deut' noch sein?“ warnte die Alte. „Weil ich just d' Kurat' dazu hab', müßt' ich's mit aufschreib'n.“

nein! Das müßt' mir vorweisen, wann ich die glauben soll! Was' nur gleich Licht! Der Docht stammte auf. Welche Weiber sahen mehr andergehämmt an dem Lichte, der linderne Arm des Allen ruhte auf der Stirn der Jungen, so durchschauten sie zusammen das Schriftstück.

Schlichtungsbüchse, daß sie lieber einen vollen Tag in der Woche freigestanden wären, als die Sonntagsruhe. Der Schlichtungsrat hat daher die Freigabe des Montags vor, bis zur Aufhebung der Sonntagsruhe, bzw. für diejenigen Betriebe, in denen Sonntags gearbeitet wird. Der Schlichtungsrat hat nun ab 1. April rückwirkend werden können, die Freigabe jedoch nicht rückwirkend gegeben werden kann, hat ein großer Teil der Gehilfen und Beschäftigten, die nach Sonntagsruhe streikten, sich diese Freigabe zum ersten mal freigemacht, und zwar sowohl mit Zustimmung der Arbeitgeber wie auch ohne. Die Gehilfen rechnen darauf, daß der große Widerstand der Arbeitgeber die vollständige Sonntagsruhe weit weniger erwünscht ist als die Sonntagsruhe und sie so das Ziel der Sonntagsruhe um so eher erreichen.

Die durch Streikliste festgestellt wurde, waren es über 1000 Gehilfen und Beschäftigten, die am Montag vormittag im Bezirk des Gewerkschaftsverbandes versammelt waren. Manuskripte erläuterte eingehend den Schlichtungsbescheid, während Schlorf ein instruktives Referat über die Taktik des Verbandes bei Lohnbewegungen und Streiks hielt. In der Aussprache wurde u. a. ein Fall erwähnt, in dem der Arbeitgeber (Reinholdstraße 5) die Sicherheitspolizei zur Hilfe rief, die auch erschien, jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten fand, dafür aber mit je einem Zehner-Kassiererteil von dem Arbeitgeber bezahlt wurde. An den Beschluß, im Anschluß an die Nachmittagskontrolle einen Demonstrationsschritt zu unternehmen, wurde die Teilnahme gewünscht, die Disziplin zu wahren und den Weisungen der Führer zu folgen.

Die Funktionäre und Vertrauensleute des Gemeinde- und Stadtamtsverbandes nahmen in einer fast besetzten Versammlung zur Kenntnis, daß am Sonntag die Verhandlungen mit dem Zentralausschuß gerade Abschlusß des neuen Tarifes stattfinden. Die Anwesenden verlangten eine etwas schnellere Erledigung der Sache und behielten sich ihre Stellungnahme nach Beendigung des Verhandlungsganges vor. In Anbetracht der völlig unzureichenden Zeitungsinformationen erwarteten sie die richtige Annahme ihrer Forderungen. Anschließend referierte Kollatz über den Generalstreik und seine Folgen. Seine Ausführungen waren im Sinne der Gewerkschaften. Insbesondere erörterte er die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber über die Entlassung der Streikbrecher, was bis heute noch nicht geschehen ist. Gewöhnlich wäre noch, daß von den 35 000 hiesigen Arbeitern nur wenige Streikbrecher verurteilt haben. In der Diskussion wurde von den Rednern zur Mitarbeit in den politischen Parteien aufgefordert. Von verschiedenen Rednern wurde über einzelne Maßnahmen in den hiesigen Betrieben berichtet. Auch wurde mitgeteilt, daß verschiedene höhere Beamte beurlaubt haben, hiesige Arbeiter zum Streikbruch zu veranlassen. Zum Schluß wurden die Mitglieder aufgefordert, sich gegenseitig zu den Sicherheits- und Ordnungswachen zu melden.

Kundgebung der K. O. G. Heusselhof. Am Donnerstag, den 15. d. M., findet vormittags 10 Uhr im Steinfelsen, Postinger Straße, eine Versammlung statt. Anschließend Kundgebung der gesammelten Gelder.

König, Schriftführer und Berufsgenossen! Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Montag, den 12. April, festgefundenen Lohnverhandlungen nicht ganz zu Ende geführt werden konnten. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 15. April, statt, und findet dann ihren Abschluß, so daß am Sonntag den Kollegen der Lohn ab 1. April gezahlt wird. Sämtliche Vertrauensleute, Obmänner, Betriebsräte, Mitglieder der über Kommission sowie der gesamte Vorstand von Berlin treffen sich am Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr, bei Schottstedt, Berlin, Dänziger Straße 64. J. A. S. Sibura.

König, Bauhandwerker! Die Bildhauer, Stuckateure, Maler, Spanner und Gipfelmaler haben im Streik. Sämtliche in obigen Räumen einschlagenden Arbeiten sind zu verweigern. Die Sektionsleitung.

Groß-Berlin.

Für was existiert eine Wohnungsinspektion?

Stammesfreie Zustände herrschen in den der Witwe Reinert gehörigen Häusern, Straßburger Straße 38/39. Dort ist zwar diese Häuser, so meck man fast, daß es hier eine Dauerwohnung in den letzten Jahren nicht mehr gegeben hat. Gleich am Hausfuß, zum Teil davon selbst, ein großer Müll- und Uratbau. Die Schanden der Hauswände sind zerfallen, die Treppen führen vor Schmutz und Spinnweben, mit Ausnahme der Einge, wo die Mieter ob und zu sehr mal eine Reinigung vorgenommen haben. Nebenher geschundene Schalen und angebrochene Fensterlässe. Ein noch traurigeres Bild entwirft sich aber, wenn man die einzelnen Wohnräume betritt. Unspezifische Tapeten an den Wänden, Löcher in den Wänden selbst, so daß die Leuchtrohre durchschlagen, ungeschlossene Türschlösser, dicke Rahmen, verfallene Fußböden, angeschuldete Oefen und unidige Fenster. Die Wasserleitungen in Anordnung, Bilge an den Decken und Wänden, die Abflüsse nur durch, größtenteils ohne Abflüsse, verfallen und sind dem Abfluss nahe. Die Schächter der einzelnen Räume sind verfallen. In den oberen Stockwerken regnet es durch, so daß den Bewohnern die Gardinen versinken. Eine Kellerkammer, die bewohnt wird, hat überhaupt keinen Fußboden mehr. Unschicklich ist es auf den Boden aus, die Junglinge zum Teil unverschämte, Lohndienstleistungen, große Unsauberkeit. Auch hier regnet es durch, weil das Dach reparaturbedürftig ist, eine leuchtige Pflanze hat sich entwickelt. Verschiedene Räume liegen leer. Die Hauswirtschafter tragen alle über Wasser und Wasser-Verwaltungsgeldern bemerkt einem den Kiem.

Es ist schlichtlich undig, die Proletariatler so zu schämen, wie sie tatsächlich ist. So etwas muß man gesehen haben. Das Unglaubliche in dieser Angelegenheit ist jedoch die Tatsache, daß auf wiederholten Antrag hin, die Wohnungsinspektion die Häuser besichtigt hat. Es ist aber bei der Besichtigung. Der Waidt liegt wohl kein flüchtiges in den Alken. Wäckerlin kann die Wirtin die Mietsen eingehen, ohne sich um den Zustand der Häuser zu kümmern, wiewohl können Arbeiterfamilien in diesem Sozialfall hausen, wiewohl können Kinder krankheits- und Todesfälle in sich aufnehmen, wiewohl können trotz der herrschenden Wohnungsnot Räume betritt verabschlusst werden, daß sie nicht bewohnt werden können. Es geschieht ja unter den Augen der Wohnungsinspektion. Wir fordern von der Kommune, daß sie sich dieser Angelegenheit annimmt und fordern vor allen Dingen darüber Aufklärung, warum trotz Kontrolle der Wohnungsinspektion nichts unternommen wurde. Warum existiert eine Wohnungsinspektion?

Selbsthelfer der Reaktion.

Als der Deutsche Beamtenbund zusammen mit den Arbeiter- und Angestellten-Organisationen zum Generalstreik aufrief, trat die Beamtenschaft des Landgerichts II, Berlin SW 11, hiesiges Ufer 2031, zu einer Sitzung zusammen, in welcher der Vertrauensmann der Generalstreikpartei zur allgemeinen Kenntnis brachte. Der Präsident des Landgerichts II, Reichenstein, bezweckte die Wahrung des Auftrags und bemerkte, daß die Beamten kein Streikrecht hätten. Gegen Streikteilnehmer würde er disziplinarisch vorgehen. Für diese Stellungnahme habe er sich das Unerschrockene des Geheimrat Hägel vom Justizministerium gesichert. Weiter machte Herr Reichenstein Mitteilung, daß allen Beamten sofort ein Gehaltsvorbehalt von

500 Mark gezahlt werden solle. Er habe jedoch die Gerichtskasse ersucht, den Vorbehalt nur an diejenigen Beamten zu zahlen, die sich nicht am Streik beteiligten. Am allen Unklarheiten zu beugen, ließ Herr Reichenstein außerdem noch eine Verfügung, daß den Beamten kein Streikrecht zustünde, durch sämtliche Bureaus geben und die Kenntnisnahme von jedem Beamten durch Unterschrift beschleunigen.

Durch diese Maßnahmen ist es Herrn Reichenstein gelungen, die Beamten des Landgerichts II vom offiziellen Streik fernzuhalten. Ein Beamter, der sich — unter Hinweis auf den Generalstreik — weigerte, einem Rechtsanwalts-Kaufmann zu erteilen, wurde vom Präsidenten zum Bericht aufgefordert, worauf der Beamte seine passiv Resistenz ausgab.

Wie weit reicht der Arm der Regierung?

Puffhosiäre als Mörder.

Vor etwa drei Wochen verstarb der geistig nicht normale frühere Bahnwärter Weigelt aus der Alsenleberer Str. 11a. Seine Angehörigen glauben, daß er sich zu Verwandten begeben habe, da er früher schon einmal sich in gleicher Weise entfernt hat. Nachträglich stellt es sich heraus, daß er obdachlos in Groß-Siedlerstraße umhergeirrt war. Dort wurde er von Ehrhardttruppen nach dem App-Busch aufgegriffen. Festgestellt ist, daß er von vier Offizieren über den Hof der Kadettenanstalt geschleppt worden war. Dabei hat er, nachdem er schon vorher durch Mißhandlungen furchtbar zugerichtet war, flehenlich gebeten, ihm am Leben zu lassen. Die Offiziere schleppten ihn auf die Offizierskantine der Kadettenanstalt. Aus der Stube 11 hat man am folgenden Tage auch schreien gehört. In schwerverletztem Zustande drei Gewerkschaften im Rücken) wurde Weigelt vor dem Tor der Kadettenanstalt aufgefunden und nach dem Kreiskrankenhaus gebracht. Dort verstarb er 8 Stunden nach seiner Entlassung. Trotzdem die Adresse des Toten im Krankenhaus bekannt war, sind die Angehörigen nicht benachrichtigt worden. Die Behörden unterließen die Angelegenheit. Die Fragen sind bereits in der vorigen Woche vernommen worden, alle Aussagen waren übereinstimmend. Will man die Mörder nicht fassen? Oder stehen diese Bestien als „Regierungstreue“ im Rufrevier?

„Nur Arbeit kann uns retten.“

Wie dieser zum Schlagwort der Unternehmer gewordene Grundsatz in der Praxis von den Arbeitern gehandhabt wird, erzählt treffend aus folgendem: Der Arbeiterausschuß der Firma F. Werner & Co., Koriensfeld, hatte den Wunsch der Verloschung unterbreitet und beantragt, am Karfreitag arbeiten zu lassen und die nötigen Schritte sofort zu unternehmen. Obwohl man verspricht, dies zu tun, scheiterte die Maßnahme daran, daß die Firma sich weigerte, den Beamten ihre Tätigkeit am Karfreitag zu bezahllen. Um aber die Verantwortung loszuwerden, ließ der Betriebsdirektor Knappe den Beamten mitteilen, daß sie sich erklären möchten, ob sie Karfreitag ohne Bezahlung arbeiten wollen. Eine Abstimmung ergab, daß diese Zumutung abgelehnt wurde. Damit hatte die Firma die Verantwortung abgemälzt, indem sie erklärte, die Beamten wolle nicht arbeiten. Was sagt die Regierung zu dieser Unternehmerschamlosigkeit? Soll dieser Herr-im-Hause-Standpunkt denn verewigt werden? Die Arbeiterschaft hat ihre eigene Meinung darüber und wird Mittel und Wege finden, die Dinge zu ändern.

Die Ausgabe von Lebensmitteln für politische Inhaftierte findet Donnerstag, den 15. April, 1—3 Uhr nachm., an bekannter Stelle statt.

Die Schulgebühren an den hiesigen Fach- und Fortbildungsschulen sollen nun auch auf Beschluß des Magistrats erhöht werden und zwar u. a. bei den höheren Fachschulen auf 300 R., bei der Berufsschule auf 200 R., bei der Maschinenbauerschule auf 240 R., bei der Bau- und Gewerkschule auf 240 R., bei den kaufmännischen Tageskursen auf 180 R., bei 240 R., halbjährlich, bei den Vorbereitungskursen 150 R. halbjährlich usw. Die Beschränkung von Freistellen auf einen bestimmten Prozentsatz wird aufgehoben.

Betrifft Räumungsurteile. Der Magistrat macht bekannt, daß bis zum 1. Juli 1920 die Vollstreckung von Räumungsurteilen von der Zustimmung des Wirtenschaftsamtes abhängig ist. Die Zustimmung muß erteilt werden, falls Schulden mit der Mietzahlung schuldhaftweise im Verzug ist, oder falls für ihn ein anderes geeignetes Unterkommen geschaffen ist.

Die Volkshochschule Berlin-Lichtenberg beginnt in den letzten Tagen des April einen neuen Lehrgang. Es werden Vorlesungen über Staatswissenschaften und Sozialpolitik, Geschichte und Volkswirtschaft, Literatur und Philosophie, Kunst und Kunstlehre, Gesundheits- und Erziehungswissenschaften, Nationalökonomie, Pflanzkunde und Technik, Ferner Sprachkurse (Englisch, Französisch und Russisch) und besondere Kurse (Deutsch, mündliche und schriftliche Sprachübungen, Rechnen), Vorlesungsbesprechungen u. a. a.: Hiesige Schulabteilung, Rathausstraße 10, Parade 2, Zimmer 21, Zeitungslenkung, Wartenbergstraße 1 und Wochenspiegel Straße 62, Freiheit-Ausgabenstellen, Wochenspiegel 36 und Eitelstraße 30, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamten-Wirtschaftsvereins. Hörfunktionen von 12 bis 30. April nur in der Schulabteilung wochtäglich von 9—7 Uhr, Sonntags von 9—1 Uhr.

25 000 Rentner Kohlen verschoben. Fortgeführte Kohlen-schleppungen in Charlottenburg wurden durch die Aufmerksamkeit eines Berliner Kriminalbeamten aufgedeckt. Dieser hörte in einer Schankwirtschaft in der Wägenstraße ein Gespräch, aus dem hervorging, daß einer der Wägen in der Lage sein würde, Kohlen-ladungen in größerer Menge zu verschaffen. Die Ermittlungen führten zu der Entdeckung, daß eine Frau König, die als Hilfs-beamtin auf der Kohlenstelle des Charlottenburger Magistrats beschäftigt war, Karten in größerer Menge an sich nahm. Diese Karten verlor sie schon seit drei Monaten für 1 bis 1,50 Mark das Stück an Bekannte, die ihrerseits damit einen Schmuggelhandel und gewinnbringenden Handel trieben. Hauptnehmer waren Kohlenhändler, die sich auf die unterirdischen Karten die entsprechenden Kohlen verschaffen, um sie zu Wochenspiegel hinten herum zu verkaufen. Durch die Maßnahmen der Verhafteten wurden in den letzten drei Monaten nach den hiesigen Feststellungen 25 000 Rentner Kohlen in den Schleiß- und Wägenhandel gebracht. Ähnlich machte ein Hilfsbeamter des Berliner Magistrats Franz Reim. Er kam aber nur auf 100 Rentner, bis die Kontrolle ihm hinter die Schliche kam.

Wegen Straßentrabes verhaftet wurde in der vergangenen Nacht auf freier Tritt der 24 Jahre alte Arbeiter Paul Berthold und ein Siedler, der den Spitznamen Lodenband führt, hatten ein Mädchen an der Hand, das ihnen Opfer zuführen mußte. In der vergangenen Nacht ludete es in der Eitelstraße einen Kaufmann an sich und beauftragte ihn so, stehen zu bleiben. In diesem Augenblick wrangen die beiden Männer heran, fielen über den Kaufmann her und raubten ihm die goldene Uhr und die Brieftasche mit seinem Geld. Als Sicherheitsbeamte auftauchten, ergriffen die Räuber die Flucht. Letz wurde eingeholt und festgenommen, während Lodenband entkam.

Schankkassale und Sicherheitspolizei. Es ist vielfach vorgekommen, daß die Kontrolle von Schankkassalen von falschen Sicherheitsbeamten in Zivil ausgeübt worden ist. Wegen Gewährung von Geldgeschenken haben diese Schankkassalen von wahren Wirtschäften abgehoben. Zur Vermeidung dieser Vorfälle hat das Kommando der Sicherheitspolizei folgende Anordnungen getroffen: Eine Kontrolle von Schankkassalen der Beamten der Sicherheitspolizei in Zivil darf nur auf schriftliche Anordnung in Einzelfällen vorgenommen werden. Diese Anordnung wird den Beamten in Form eines nur für den bestimmten Tag gültigen

Ausweises mitgegeben. Außerdem erhält der Beamte eine bronzene Marke, wie sie die Kriminalbeamten bei sich führen.

Lebensmittelfalender.

Berlin. Auf 12 der Lebensmittelfalender 250 Gr. Matmofade. — 21. April wird auf die C I- und C II-Karten ¼ Liter Vollmilch bis auf weiteres herausgegeben. Die übrige Belieferung bleibt unverändert. Tempelhof, 20 Gr. Butter, 70 Gr. Margarine; 250 Gr. Biersalmel; 300 Gr. Malsogel; an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre für den Monat April auf Grund der Vollmilchkarten KI und K II 500 Gr. Gerstena-flocken, 250 Gr. Grieß und 2 Pökete Reis. Pankow. In allen Geschäften, welche die Firma Spohowski mit Milch beliefert, werden die Inhaber der K-Karten und der K-Karten-Kontenrollen voll beliefert. Auf K-Karten wird ¼ Liter und auf C-Karten ¼ Liter Vollmilch verabfolgt.

Aus den Organisationen.

1. Bezirk, 4. Abteilung. Jahrlabend pünktlich 7 Uhr im Johob-straße 136. Vortrag. — 2. Abteilung bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. Vortrag. 2. Bezirk, 4. Abteilung. Mittwoch, 14. April, abends 7 Uhr, gemeinsamer Jahrlabend in der Aula der 51. Gemeindefolge, Dieffen-bachstraße. Friedrich Schneider spricht über: „Die politische Lage.“ 7. Bezirk, Gemeindefolge Jahrlabend. 3. Abteilung: Mittwoch, 14. April, abends 7 Uhr, bei Pankow, Wägenstr. 58. — 5. Abteilung: Mittwoch, 14. April, abends 7 Uhr, bei Dukat, Gubener Straße 45. Teltow-Bezirk. Auch für die Ortsvereine in Teltow-Bezirk gilt der Beschluß der Verbandsgeneralversammlung, daß jedes Mitglied vom 1. April ab zwei Beitragsmarken im Monat zu entnehmen hat. Die Bezirkssekretariate: Charlottenburg, I. Gruppe. Mittwoch, 14. April, Gruppen-jahrlabend in der „Kochtrappe“, Spandauer Berg. Charlottenburg, Deute, Dienstag, abend 7 Uhr Funktionärsitzung im Volkshaus, Kofenstraße. Friedenau. Wichtige Funktionärsitzung am Dienstag abend 7 Uhr bei Spitz. Neukölln. Heute abend 7 Uhr Sitzung der Orts- und Vorortso-mitglieder der U. S. V. Elternbeiräte bei Müller, Donau, Ecke Schön-steinstraße. — Mittwoch abend 7 Uhr Bezirksversammlung des 4. Be-zirks bei Wegner, Pommerstr. 50. Tempelhof. Mittwoch, 14. April, abends 7 Uhr, gemeinsamer Jahrl-abend in der Aula der 2. Gemeindefolge, Werderstraße. Niederbarnim-Gl. Sonntag, 10. April, abends 7 Uhr, Zusammen-kunft sämtlicher in der Kondogitation tätigen Genossen bei Böhm, Schützenberg, Lenbach, Ecke Sonntagstraße. Lichterfeld. Agitationskommission. Donnerstag, 15. April, abends 7 Uhr, Sitzung im Cecilia-Logium (Gondarbeitsloal), Rathausstr. 8. Straßau. Mittwoch Jahrlabend in den bekannten Lokalen. — Donnerstag abend 7 Uhr öffentliche Versammlung in der „Alten Lo-derne“, Alt-Strohal 27. Vortrag des Genossen Dr. Emdenhein. U. S. V. Alt-Glienicker-Falkenberg. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Mit-gliederversammlung bei Böhm. Köpenick, Zepernik. Mittwoch, 14. April, abends 7 1/2 Uhr, Jahrlabend bei Böhm, Köpenick, Siemensstraße. Niederschöneweide. Gemeinsamer Jahrlabend abends 7 Uhr bei Rosenbach. Oberhämmele. Dienstag abend 8 Uhr Sitzung der U. S. V. Elternbeiräte im Lokal von Imberg. Alt-Glienicker. Mittwoch, 14. April, abends 7 1/2 Uhr, Mitglie-derversammlung im Lokal von Böhm, Grünauer Straße. Hohennauenberg. Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, Versamm-lung bei Lohse, Berliner Straße 30. „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Wielepp. Genossinnen und Genossen erscheint vollständig. Der sozialdemokratische Bildungsausschuß führt am 2. Mai, nach-mittags 3 1/2 Uhr, in der Luchashöhe zu Städt. das Oratorium „Schäp-pung“ von Hanna mit Bühnenorchester und Singschulorchester Chor auf. Solisten: Maria Rosa von Koch, Lohse Krause und Leberer-Prina. Karten sind in der „Freiheit“-Expedition bei Gen. Bernsee, Städt. Kommandstr. 50, zu haben. Ostpreussenschiffen! Mittwoch vormittags 10 Uhr Jahrlormittag in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 8, Hof II.

Bereinstalender.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, 14. April: 3. Gruppe 11 (Reichs- und Staatsangestellte) 5 1/2 Uhr Funktionärsversammlung im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Straße 720. — 4. Gruppe 13 (Sektion Chemischer Kleinhandel und Seifen-geschäfte) abends 8 Uhr im Rosenholzer Hof, Rosenholzer Straße 11/12. — 5. Gruppe 14 (Betriebsgruppe Eisenbahnbetrieblion) abends 7 Uhr im Verbandslokal, Belle-Alliance-Straße 7/10. — 6. Gruppe 14 (Angestellte der Automobil-, Flugzeug-, Motoren- und Kraftfahrzeugindustrie) abends 7 Uhr in den Müllerischen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Jahrlabend Berlin und Umgebung. Mittwoch, 14. April, nachm. 3 Uhr, Versammlung sämtlicher Vertrauensleute, Tisch- und Bauhandwerker sowie der Betriebsbetriebe im Gemeindefolgehaus (Soal 3, Engelstr. 15). Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion I (Boten- und Hausmeister, Bureaudiener und Koffenboten aus der Berliner Metall- und Elektro-Industrie, Maschinenbetrieblion usw.). Mittwoch abend 7 1/2 Uhr wichtige Versammlung im Gemeindefolgehaus (Soal 5), Engel-str. 15. Deutscher Transportarbeiter-Verband (Buchhandel, Papier- und Papp-, Briefumschlag-, Buchdrucker-, Buchbinder-, und Zeitungs-betriebe). Donnerstag abend 8 Uhr wichtige Versammlung in Wilkes-Geßellen. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Heute abend 8 Uhr Gruppen-versammlung der Handelskassabehälter aus allen Betrieben der Hut- und Wägenfabrikation bei Witz, Polstr. 20. Verband der Holzmitarbeiter, Sektion II (Kochkassabehälter), Donnerstag, 15. April, nachm. 2 Uhr, Sektionsversammlung im Café Eldorado. Freie sozialistische Jugend, Aktionsbezirk Osten I. Dienstag, den 14. April, abends 7 Uhr, allgemeine Mitgliederversammlung in der Schulaula, Rathausstr. 40/50. Freie sozialistische Jugend, Aktionsbezirk Osten. Heute abend 7 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung in der Schulaula, Rathausstr. 40/50. Freie sozialistische Jugend Wedding I. Dienstag, 15. April, wichtige Mitgliederversammlung mit Vortrag im Lokal von Schmidt, Hallesche Straße, Ecke Liebenwalder Straße. Freitag Jahrlabend. Donnerstag fällt aus. Sozialistische Proletarierjugend. Der Funktionärskursus der nördlichen Gruppen kann am Mittwoch noch nicht beginnen. Er beginnt nun bestimmt am Mittwoch, 21. April, abend 7 1/2 Uhr, in der Mädchenstraße, Genselbergstr. 6. Freie sozialistische Jugend Neukölln. Jeden Dienstag und Donner-stag Zusammenkunft bei Ribbe, Hohredstr. 9. Sozialistische Proletarierjugend Adlershof. Unsere Schulentlassungs-feier findet bestimmt am 14. April statt. Schulentlassene haben freien Eintritt. Internationaler Bund der Kriegsofer, Ortsgruppe Rich-tenberg. Freitag, 16. April, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Logen-Rathausstraße. Funktionäre haben um 6 Uhr zu erscheinen. Der Verein heimattreuer deutscher Wehrkrieger, Bezirks-gruppe Norden. Hat am Freitag, 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenholzer Hof, Rosenholzer Straße 11/12, seine Bezirksversamm-lung, verbunden mit Unterhaltungsballet, ab. Berliner Arbeiter-Schachklub „Nordwest“ spielt jetzt jeden Donner-stag abend 7 1/2 Uhr bei Krüger, Kullstr. 10. Tauschen-Berlin „Die Naturfreunde“. Abteilung Norden. Dienst- tag abend 7 Uhr Sitzung im Rinderhof, Zimmer 1 (Schule Sonnen-burger Straße 20, nahe Gleimstraße). Arbeiterverband „Naturfreunde“. Gruppe Neukölln. Heute, Dienstag, pünktlich 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Bees-koelln. Der Lichtbildvortrag „Aus Riddels Bergangsbelt“ wird am 22. April in der Aula des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums gehalten werden. Turnverein Nichte, 16. Männerabteilung. Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr, außerordentliche Abteilungsversammlung bei Klug, Dönhofs Straße 71. Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Pankow-Druckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schulhausweg 12.